

CH_VB 93.5073 vom 7. Juni 1993

Bundesverwaltung, 1993-06-07, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb_93.5073

FR: CH_VB 93.5073 du 7 juin 1993

IT: CH_VB 93.5073 del 7 giugno 1993

Erwägungen

E. 7

Juni 1993 N 1019 Fragestunde #ST# Sechste Sitzung - Sixième séance Montag, 7. Juni 1993, Nachmittag Lundi 7 juin 1993, après-midi 14.30h Vorsitz - Présidence: Herr Schmidhalter Präsident: Am vergangenen Abstimmungswochenende sind Volk und Stände einmal mehr den Abstimmungsempfehlungen von Parlament und Bundesrat gefolgt. Wir dürfen uns über das Abstimmungsergebnis freuen, das viel deutlicher ausgefallen ist, als dies gewisse Meinungsumfragen vorausgesagt haben. Nur ein nicht geführter Kampf ist von vornherein verloren! Dieses eindeutige Abstimmungsergebnis ist all jenen zu verdanken, die sich dafür eingesetzt haben, dass unsere Armee mit modernen Mitteln ausgerüstet werden kann. Ein besonderer Dank gebührt dem Vorsteher des Militärdepartementes, Herrn Bundesrat Kaspar Villiger. Das Schweizervolk hat sich einmal mehr für eine glaubwürdige Landesverteidigung ausgesprochen, auch wenn hohe finanzielle Kosten dafür in Kauf genommen werden müssen. Es hat bewiesen, dass es auch in einer politisch und wirtschaftlich schwierigen Zeit kluge und zukunftsgerichtete Entscheidungen fällen kann. Es konnte einem Moratorium nicht zustimmen, das die Modernisierung unserer Luftwaffe auf Jahre hinausgeschoben hätte. Mit der Verwerfung der Waffenplatz-Initiative hat das Schweizer Volk auch einer zeitgemässen Ausbildung in der Armee zugestimmt. Gegenüber dem Ausland hat die Schweiz am vergangenen Wochenende ihren Willen bekräftigt, für die eigene Sicherheit zu sorgen. Sie wird damit auch einen Beitrag zur Stabilität und zum Frieden in Europa leisten - und falls sich die Schweiz der- einst an der europäischen Integration beteiligt, wird sie nicht mit leeren Händen dastehen. Mit dem Volksentscheid vom Wochenende ist auch der Weg frei für weitere militärpolitische Anliegen. Die Armee reform 95 muss jetzt konsequent weitergeführt werden. Dabei kann es nicht nur um organisatorische und Rüstungsfragen gehen, sondern auch um einen Bewusstseinsprozess und um eine moderne Sicherheitspolitik. Auch wenn zahlreiche Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den beiden Volksinitiativen zugestimmt haben und regionale Unterschiede festgestellt werden müssen, geht die Schweiz aus dieser Abstimmung gestärkt hervor. #ST# Fragestunde - Heure des questions 93.5073 Frage Steinemann Schweizer im Uno-Einsatz Question Steinemann Suisses au service de l'ONU Wortlaut der Frage vom 7. Juni 1993 Im Kanton Thurgau sind in letzter Zeit Übungen mit 35 Uno-Offizieren aus 8 Nationen - darunter 16 Schweizer - durchgeführt worden. Die Teilnehmer wurden in einer dreiwöchigen Ausbildung «auf ihren späteren Einsatz» vorbereitet. Ein grosser Teil unserer Bevölkerung kann dies nicht akzeptieren, handelt es sich hier doch um eine klare Missachtung des Volkswillens resp. des Uno-Beitritts-Neins. Wie kann dies der Bundesrat verantworten? Texte de la question du 7 juin 1993 Récemment, des exercices auxquels 35 officiers de l'ONU de

E. 8

pays - dont 16 Suisses - prirent part, ont eu lieu dans le canton de Thurgovie. Les participants ont été préparés à leur futur engagement durant un cours d'instruction de trois semaines. Une grande partie de notre population ne saurait accepter cette action qui est en contradiction flagrante avec le refus de notre peuple d'accepter l'adhésion à l'ONU. Comment le Conseil fédéral justifie-t-il la mesure qu'il a prise ? Bundesrat Villiger: Ich möchte zuerst die Worte Ihres Präsidenten verdanken. Wir kommen wieder zu den Tagesproblemen der Schweizer Armee zurück. Ich beantworte die Frage von Herrn Steinemann wie folgt: Seit 1989 haben Offiziere der Schweizer Armee die Möglichkeit, sich im Rahmen internationaler Lehrgänge zu unbewaffneten Uno-Militärbeobachtern ausbilden zu lassen. 1989 und 1990 konnten insgesamt 31 Schweizer Offiziere die nordische Uno-Militärbeobachter-Schule in Niinisato (Finnland) besuchen. Sie wissen alle auch, dass schweizerische Militärbeobachter sowohl in Jugoslawien wie im Nahen Osten im Einsatz sind. 1992 führte die Schweiz erstmals einen eigenen Uno-Militärbeobachter-Kurs durch. Damit übte sie längst fälliges Gegenrecht. Kurse im eigenen Land helfen aber auch, unser eigenes Wissen in Sachen Friedenssicherung weiter auszubauen und bei erfahreneren Nationen entsprechend Anerkennung zu finden. Deshalb hat die Schweiz auch dieses Jahr einen solchen Uno-Militärbeobachter-Kurs mit internationaler Beteiligung durchgeführt. Diese internationale Beteiligung ist eine Bereicherung - auch für uns -, und wir beabsichtigen aufgrund der guten Erfahrungen, diesen Kurs auch 1994 zu wiederholen. Obwohl die Schweiz nicht Mitglied der Uno ist, ist der Bundesrat der Auffassung, dass sich unser Land an den internationalen Massnahmen zur Friedenssicherung - natürlich im Rahmen unserer Neutralität - beteiligen muss. Damit können wir einen Beitrag zur internationalen Sicherheit leisten. Von dieser Sicherheit hängt auch unsere Sicherheit massgeblich ab. Aus diesem Grund hat der Bundesrat die Friedensförderung in den sicherheitspolitischen Auftrag der Armee aufgenommen. Dieser wurde sowohl im Bericht 1990 zur Sicherheitspolitik, als auch im Armeeleitbild festgeschrieben und von Ihnen gutgeheissen. Die Schweiz hat sich in den letzten Jahren wiederholt nicht nur finanziell, sondern auch personell an solchen friedenserhaltenden Aktionen der Uno beteiligt. Dieses Engagement ist im Ausland äusserst positiv vermerkt worden, und wir haben den Eindruck, dass es auch im eigenen Land grossen Rückhalt gefunden hat. Steinemann: Auch ich gratuliere Ihnen, Herr Bundesrat Villiger, zum Abstimmungsergebnis von gestern. Aber nun zum Uno-Thema: 1986 haben Volk und Stände zu einem Engagement bei der Uno klar nein gesagt. Das Volk ist jetzt der Meinung, dass «die da oben» wieder machen, was sie wollen. Wird der Volkswille bei solchen Übungen noch gewahrt? Wir können uns mit diesem Thema übrigens noch am nächsten Mittwoch auseinandersetzen. Bundesrat Villiger: Ich glaube auch, dass das eines der Probleme sein wird, die wir am nächsten Mittwoch hier besprechen müssen. Ich kann allerdings kurz meine Meinung vorwegnehmen: In der Tat haben bei der Abstimmung über den Uno-Beitritt Fragen wie «Blauhelme» und «Teilnahme an Sanktionen» eine wichtige Rolle gespielt. Man war damals der Meinung, das sei mit unserer Neutralität nicht vereinbar. In der Zwischenzeit hat sich die internationale Lage stark verändert. Es würde nicht verstanden, wenn sich ein Land wie die Schweiz nicht beteiligen würde, wenn es z. B. darum geht, ei-

Heure des questions 1020 N 7 juin 1993
nen Brecher des Völkerrechts mit Sanktionen zur Raison zu bringen. Wir haben den Eindruck, dass auch unsere Blaumützen-Aktionen in Namibia und in der Sahara vom Volk verstanden worden sind. Wir haben aber, nicht zuletzt um diesem Vorwurf begegnen zu können, für die Blauhelmvorlage die Geset-

zesform gewählt, weil wir der Meinung sind, dass hier notfalls das Referendum sollte ergriffen werden können: Dann steht die demokratische Legitimation ganz einwandfrei fest; man kann nicht mehr sagen, man stütze sich auf etwas ab, über was das Volk früher anders entschieden habe. Ich habe den Eindruck, dass das Schweizervolk die neuen internationalen Gegebenheiten in sein Denken einbezieht; deshalb würde ich sogar einem Referendum bei den Blauhelmen zuversichtlich entgegensehen. Aber dies sind Fragen, die wir hier eingehend ausdiskutieren müssen.

93.5075 Frage Steinemann Sonderzulagen für Weiterbildung in der Armee
Question Steinemann Indemnités pour favoriser l'avancement dans l'armée
Wortlaut der Frage vom 7. Juni 1993
Einer Meldung war zu entnehmen, dass Sonderzulagen von 5000 bis 10 000 Franken (etwa 50 Millionen pro Jahr) als Anreiz zur Weiterbildung in der Armee aus dem «überspielen» EO-Fond (Erwerbenausgleichskasse) ausbezahlt werden sollen. In der heutigen Wirtschaftslage und im Hinblick auf die vorgesehene Armee reform sollte es wirklich keine finanziellen Anreize zum Weitermachen mehr brauchen. Die überzähligen EO-Gelder (heutiger Stand 2,9 Milliarden, benötigt etwa 800 Millionen pro Jahr) könnten zum Beispiel mit einer Ueberweisung von 500 Millionen Franken pro Jahr der Arbeitslosenkasse beste Dienste leisten. Glaubt der Bundesrat wirklich, dass die geplanten Animations-Ausgaben gerechtfertigt sind und dies vom Volk auch noch verstanden würde?

Texte de la question du 7 juin 1993
II ressort d'une information que des indemnités spéciales de 5000 à 10 000 francs, totalisant environ 50 millions de francs par an, seront versées pour favoriser l'avancement dans l'armée; ces sommes seront puisées dans le fonds APG (fonds de compensation du régime des allocations pour perte de gain) qui disposerait d'excédents. Compte tenu de la situation de l'économie et en prévision de la réforme de l'armée, des indemnités destinées à favoriser l'avancement dans l'armée ne sont pourtant plus nécessaires. Les fonds en surplus dont dispose l'APG (état actuel 2,9 milliards, fonds nécessaires environ 800 millions de francs par an) pourraient rendre de meilleurs services si on versait 500 millions de francs par an à la caisse d'assurance-chômage. Le Conseil fédéral croit-il vraiment que les indemnités destinées à favoriser l'avancement dans l'armée se justifient et seront approuvées par le peuple?

Bundesrat Villiger: Im Bericht vom 27. Januar 1992 über die Konzeption der Armee in den neunziger Jahren, also im Armeeleitbild, haben wir unsere Absicht formuliert, die Kaderausbildung in der «Armee 95» attraktiver zu gestalten. Dabei wurden summarisch drei konkrete Massnahmen aufgeführt: eine qualitativ hochstehende und teilweise zivil verwendbare Ausbildung in einem relativ frühen Alter, eine Verkürzung der Beförderungsdienste und «allenfalls auch eine zusätzliche finanzielle Entschädigung» in Form einer Ausbildungspause; es könnte auch eine andere Form gewählt werden. Die in der Presse verbreitete Meldung entspricht deshalb unserer Absicht. Vorderhand handelt es sich allerdings lediglich um Pläne, eine Entscheidung ist noch in keiner Weise gefallen, weder ob man das tun solle noch in welcher Höhe und wie es finanziert werden solle. Für den Bundesrat steht aber ausser Zweifel, dass in der heutigen Zeit zahlreiche junge Angehörige der Armee mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Ich darf darauf hinweisen, dass es Leute gibt, die sagen, sie verdienen wesentlich mehr, wenn sie stempeln gingen, als wenn sie Korporal würden oder noch weitermachten. Viele können es sich aus diesem Grund gar nicht leisten, sich militärisch weiterauszubilden zu lassen. Wir meinen deshalb, dass es aus sozialen Gründen angemessen wäre, hier ein kleines Zeichen zu setzen. Aber der Bundesrat hat darüber noch keine Entscheidung gefällt.

Steinemann: Ich bin anderer Meinung, Herr Bundesrat, und frage Sie, ob Sie sich nicht auch einmal fragen sollten, ob die veränderte

Lage auf dem Arbeitsmarkt, die wieder mehr Soldaten freiwillig zum Weitermachen animiert als früher, kein wichtiger Aspekt ist oder sind Sie sogar der Meinung - was ich nicht hoffe -, dass jene, die aufgrund von finanziellen Anreizen weitermachen, besser qualifizierte Armeeingehörige sind? Bundesrat Villiger: Wir haben momentan keine grossen Schwierigkeiten, Kandidaten zu finden - die Lage hat sich anscheinend doch gebessert-, aber man muss auch realisieren, dass die militärische Weiterausbildung heute wahrscheinlich grössere Opfer beinhaltet als früher. Es gibt vermehrt Firmen, vor allem auch internationale, die weniger Verständnis haben, wenn Mitarbeiter weitermachen. Für die berufliche Karriere wird das Weitermachen, wie gesagt, auch nicht mehr als besonders attraktiv betrachtet. Das ist der Grund, warum wir in der Ausbildung etwas mehr leisten möchten. Wenn sich ein junger Mann in der Schweiz zur Verfügung stellt, in seinem Leben vielleicht tausend zusätzliche Diensttage zu leisten, dann leistet er freiwillig mehr für dieses Land als jeder andere. Deshalb scheint mir doch die Frage legitim zu sein, ob er nicht in dieser Zeit etwas besser gehalten werden könnte als sozusagen um Gottes Lohn. Es können echte finanzielle Probleme entstehen, weil der eine vielleicht schon eine Familie hat, der andere vielleicht einmal einen Kredit aufgenommen hat, den er nicht hätte aufnehmen sollen, aber es zu spät merkte usw. In solchen Situationen stellt sich die Frage einer Sonderzulage eben doch. Ich habe sehr viele Briefe bekommen, führe sehr viel Korrespondenz darüber. Es gibt hier wirklich echte Härtefälle von sehr qualifizierten Leuten. Es darf doch letztlich nicht sein, dass sich einer sagt: Wenn ich stemple, stehe ich finanziell besser da. Das Qualitätsproblem können wir selbstverständlich gesondert lösen. Ich habe den Eindruck, wir bekommen durchaus qualifizierte Leute, gerade in der heutigen Zeit.

93.5093 Frage Ruckstuhl Waffenplatz-Initiative. Konsequenzen des Abstimmungsergebnisses
Question Ruckstuhl Initiative sur les places d'armes. Conséquences de la votation populaire
Wortlaut der Frage vom 7. Juni 1993 Wie wirkt sich das Abstimmungsergebnis der Waffenplatzinitiative auf die Ersatzstandorte von St. Gallen und das weitere Vorgehen in Neuchâten-Anschwilien aus?

7. Juni 1993 N 1021 Fragestunde Texte de la question du 7 juin 1993 Quelles conséquences les votations concernant l'initiative sur les places d'armes auront-elles sur les stationnements provisoires de Saint Gall et sur l'avenir de Neuchâten-Anschwilien? Bundesrat Villiger: Wir haben die Antwort zu dieser Frage erst heute morgen redigiert. Ich bin ausserordentlich glücklich über die Art der Antwort, die ich Ihnen jetzt geben kann. 1. Die Tätigkeiten für die Realisierung des Waffenplatzes Herisau-Gossau werden wiederaufgenommen. Dabei geht es im Moment in erster Linie um die Einleitung der Submissionen im Bereich der Baustellenvorbereitung und der Hochbauten. Die bereits erfolgten Submissionen in beiden Bereichen mussten aufgrund der Bauverschiebung gemäss Subventionsverordnung annulliert werden. 2. Das Bauprogramm für die Kasernenbauten und die Ausbildungsanlagen sieht grosso modo folgenden Zeitplan vor: - Baustellenvorbereitung: Herbst 1993; - Kasernenbau: Spätherbst 1993 bis Frühjahr 1994 (Kasernenrohbau); - Bezug der Kaserne: frühestens 1997; - neue Ausbildungsanlagen werden laufend realisiert und benützt. 3. Bis zum Bezug der neuen Kaserne mit drei Kompanien wird die Infanterieschule 7/207 weiterhin die bisherigen Standorte Herisau, Urnäsch und Bronschhofen benutzen müssen, mit all den damit verbundenen Transporten. Nach dem Bezug der Kaserne in Neuchâten-Anschwilien ist für die in Herisau verbleibende Zentrale Schule für Instruktionenunteroffiziere provisorisch die Sanierung der Kaserne Herisau vorgesehen.

93.5094 Frage Fankhauser Türkei. Waffenexport Question Fankhauser Turquie.
Exportation d'armes Wortlaut der Frage vom 7. Juni 1993 Die neue Regierung in der Türkei

hat eine Grossoffensive gegen die kurdischen Widerstandskämpfer angekündigt Laut Kriegsmaterialgesetz «werden keine Ausfuhrbewilligungen erteilt, nach Gebieten, in denen ein bewaffneter Konflikt herrscht, ein solcher auszubrechen droht oder sonstwie gefährliche Spannungen bestehen» (Art. 11 Abs. 2 Bst a). Nach Artikel 11 Absatz 2 Buchstabe b ist der Export von Waffen auch untersagt, «wenn Grund zur Annahme besteht, dass Kriegsmateriallieferungen in ein bestimmtes Land die von der Schweiz im internationalen Zusammenleben verfolgten Bestrebungen, insbesondere zur Achtung der Menschenwürde beeinträchtigen». Die internationale Konvention über die Menschenrechte gilt für mehr als zehn Provinzen nach wie vor nicht. Ist der Bundesrat bereit, den Export von Waffen in die Türkei zu verbieten? Texte de la question du 7 juin 1993 Le nouveau gouvernement turc a annoncé une grande offensive contre les résistants kurdes. Aux termes de la loi sur le matériel de guerre, «aucune autorisation d'exportation ne sera délivrée à destination de territoires où des conflits armés ont éclaté ou menacent d'éclater ou dans lesquels régnent des tensions dangereuses» (art. 11 al. 2 let. a). Selon la lettre b de ce même alinéa, l'exportation est également interdite «s'il apparaît que des livraisons de matériel de guerre à un pays donné risquent de compromettre les efforts de la Confédération dans le domaine des relations internationales, notamment en ce qui concerne le respect de la dignité humaine » Or, dans plus de dix provinces, la Convention internationale des droits de l'homme n'est toujours pas appliquée. Le Conseil fédéral est-il disposé à interdire l'exportation d'armes vers la Turquie? Bundesrat Villiger: Ich habe den Eindruck, Frau Fankhauser und ich wickeln periodisch das gleiche Ritual ab. Ich weiss, welche Frage Sie hin und wieder stellen wird, und Sie weiss, welche Antwort ich ihr darauf geben werde. Ich gehe aber gerne darauf ein. Der Bundesrat verfolgt die Entwicklung der Lage in der Türkei selbstverständlich laufend und mit grosser Sorgfalt. Seit Juli 1992 ist kein Ausfuhrgesuch nach der Türkei mehr bewilligt worden, und zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist kein Ausfuhrgesuch für die Türkei hängig. Es werden keine Entscheide zur Ausfuhr von Kriegsmaterial gefällt, ohne dass ein konkretes Gesuch um die Erteilung von Ausfuhrbewilligungen oder Voranfragen dazu vorliegen; das ist im Moment nicht der Fall. Damit entfällt nach Ansicht des Bundesrates die Notwendigkeit eines generellen Verbotes der Kriegsmaterialausfuhr nach der Türkei. Aber ich kann Ihnen selbstverständlich zusichern, dass diese Frage im konkreten Fall wieder sorgfältig geprüft würde. 93.5067 Frage Loeb François Osée. Schweizerische Zentrale für Handelsförderung Question Loeb François Osée. Office suisse d'expansion commerciale Wortlaut der Frage vom 7. Juni 1993 Gemäss Agenturmeldung im Berner «Bund» vom 13. Mai 1993 will der Bundesrat dem Parlament vorschlagen, bei der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung (Osec) für 1,3 Millionen Franken ein Korrespondenzzentrum der Euro-Info-Zentren der EG einzurichten. Aufgrund welcher Kriterien wird dieser Auftrag vergeben? Wurde bei der Auswahl der Leistungsträgerin geprüft, ob andere in der Exportförderung tätige Organisationen gewillt und in der Lage wären, ein solches Zentrum einzurichten, zu betreiben und zu unterhalten? Wird im Rahmen der Finanzplanung geprüft, ob Dienstleistungspakete, für welche die Osec vom Bund entschädigt wird, auch von anderen in der Exportförderung tätigen Organisationen angeboten werden könnten? Texte de la question du 7 juin 1993 Selon une dépêche parue dans le «Bund» du 13 mai 1993, le Conseil fédéral compte proposer au Parlement de verser à l'Office suisse d'expansion commerciale (Osec) 1,3 million de francs pour créer un Centre de correspondance des Euro Info Centres de la Communauté européenne. Sur la base de quels critères ce mandat a-t-il été donné? A-t-on examiné, lors du choix de l'organisation responsable, s'il existait d'autres organisations

travaillant dans le domaine de l'expansion commerciale qui soient disposées à créer et à gérer ce Centre de correspondance et qui en aient la capacité? Examine-t-on, dans le cadre du plan financier, si d'autres organisations travaillant dans le domaine de l'expansion commerciale ne pourraient pas fournir les prestations de services pour lesquelles la Confédération indemnise l'Osée? M. Delamuraz, conseiller fédéral: Le 12 mai de cette année, le Conseil fédéral a approuvé un message qui propose de soutenir l'Office suisse d'expansion commerciale et, en particulier,

Heure des questions 1022 N 7 juin 1993 de manière à assurer le financement de la participation de notre pays au réseau Euro Info Centres de la Communauté. L'Osée est en quelque sorte prédestiné à une telle tâche, car il a répondu très tôt à la demande d'information qui lui provenait de nombreuses entreprises de notre pays, en ce qui concerne les problèmes de la croissance et de l'organisation en Europe. L'Osée dispose aujourd'hui, après avoir créé un euroservice en l'année 1989, d'une expérience considérable, d'un savoir-faire pratique important dans l'interprétation de la documentation de la Communauté, et rend aujourd'hui déjà mille services chaque jour à nos entreprises, en particulier aux petites et moyennes entreprises. L'Osée coopère avec les Chambres de commerce de Suisse romande et du Tessin, pour mettre sur pied deux antennes de ce centre, l'une à Lausanne, l'autre à Lugano. C'est donc principalement, Monsieur Loeb François, pour des raisons d'expériences existantes ainsi que de synergies dans le cadre des efforts publics que le mandat sera confié à l'Osée. Le message du Conseil fédéral apporte de plus amples informations sur l'opportunité de ce mandat ainsi que sur l'organisation du centre. L'arrêté fédéral concernant une aide financière à l'Osée devra être renouvelé à partir de 1995. Dans ce contexte, le Conseil fédéral précisera le mandat de l'Osée et profitera de cette occasion pour identifier les prestations de promotion des exportations d'intérêt public fournies par les organisations tierces et l'opportunité de leur soutien par la Confédération.

93.5080 Frage Comby Abkommen des Schweizerischen Hotelier-Vereins mit dem «Regency College Adélaïde», Australien Question Comby Accord signé entre la Société suisse des hôteliers et le «Regency Collège Adélaïde», en Australie Wortlaut der Frage vom 7. Juni 1993 Stimmt es, dass der Schweizerische Hotelier-Verein mit dem australischen «Regency College Adelaide» ein Abkommen geschlossen hat, um dort Fachleute auszubilden? Dabei soll das gleiche schweizerische Gütezeichen wie beispielsweise für die «Ecole hôtelière de Lausanne» verwendet werden, aber ohne dass die notwendigen Massnahmen getroffen worden wären, um eine entsprechende Ausbildung sicherzustellen. Texte de /a question du 7 juin 1993 Est-il vrai que la Société suisse des hôteliers a signé un accord avec le «Regency Collège Adelaide» en Australie dans le but de former des professionnels sur place jouissant du label suisse, identique à celui de l'Ecole hôtelière de Lausanne, par exemple, sans avoir pris les mesures nécessaires pour garantir la formation donnée? M. Delamuraz, conseiller fédéral: La Société suisse des hôteliers, à la fin de l'année passée, selon ce qu'elle nous a dit, a passé un accord avec les autorités de l'Australie méridionale, de manière à ce que la formation professionnelle d'un collègue d'Adélaïde puisse, en matière de gestion hôtelière, s'inspirer et mieux correspondre aux critères suisses de la formation dans ce même secteur. Les personnes qui achèveront la formation dans cette spécialité obtiendront un diplôme de la SSH qui garantit également la qualité de cette formation en Australie. Ce cours et cet accord sont entièrement privés. La Confédération n'a nullement été consultée quant à leur préparation et elle dit que sa responsabilité juridique n'est nullement engagée dans cette opération. Mais - et je pense que c'est bien ce qui affleure de votre question - il faut aller au-delà de la seule analyse juridique de ce contrat, et là le

Conseil fédéral dit à la SSH, en termes très clairs, qu'elle a une responsabilité collective pour le label suisse en matière de tourisme, pour le label suisse en matière de formation professionnelle dans ce domaine en particulier et qu'à cet égard, si la SSH ne munit pas d'une capacité de contrôle et de rigueur aiguë les autorisations qu'elle a octroyées, on court évidemment des risques. C'est sur ce point que, hors du cadre juridique, mais en tenant compte de l'environnement politique et économique de la question, nous avons insisté. La Société suisse des hôteliers nous a tenus informés qu'elle organiserait en Suisse des cours postgrades aussi pour les diplômés de cette école d'Adélaïde entre autres, et qu'elle avait la situation bien en mains, qu'elle répondait de la qualité de l'instruction qui serait dispensée dans cet établissement et, par conséquent, de la qualité du diplôme qui serait délivré. Nous avons considéré que c'était un minimum et que, en réalité, l'affaire doit être suivie de près pour éviter des dérapages qui ne seraient pas nuisibles à la seule SSH, mais qui le seraient aussi à l'ensemble de notre hôtellerie, à l'ensemble de notre formation professionnelle, donc à l'économie du pays.

93.5081 Frage Engler EVO. Hors-sol-Entscheid Question Engler DFEP. Décision sur la culture hors-sol Wortlaut der Frage vom 7. Juni 1993 Am 30. April 1993 hat das EVD beschlossen, die Verordnung betreffend Uebernahme von Hors-sol-Tomaten und -Gurken um ein Jahr zu verlängern. Das EVD bezeichnete die Verlängerung als «2. Versuchsphase». Den definitiven Status der Hors-sol-Produktion will das EVD spätestens Ende 1994 bekanntgeben.

1. Wie ist der Versuch angelegt, und welche neuen Erkenntnisse verspricht man sich davon? 2. Wie wird der definitive Entscheid erarbeitet, und welche Stellen werden zur Vernehmlassung eingeladen werden?

Texte de la question du 7 juin 1993 Le 30 avril 1993, le DFEP a décidé de proroger d'une année l'ordonnance qui concerne la prise en charge des tomates et des concombres hors-sol. Le DFEP a qualifié cette prolongation de deuxième phase d'essai. Le DFEP fera connaître le statut définitif de la production hors-sol à la fin 1994 au plus tard.

1. Où en est l'essai et quelles nouvelles connaissances en attend-on? 2. Comment la décision finale sera-t-elle élaborée et quelles institutions ou organisations seront associées à la procédure de consultation? M. Delamuraz, conseiller fédéral: Le 30 avril 1993, le Département fédéral de l'économie publique a prolongé la période d'essai de protection des produits agricoles hors-sol pour une deuxième saison, par conséquent, théoriquement, jusqu'au 30 avril de l'année prochaine. Si nous avons pris cette décision, non sans avoir consulté, reconsulté et procédé à des analyses détaillées, c'est tout simplement parce qu'un temps d'observation limité à une année est trop court pour dégager vraiment des expériences des conclusions qui puissent, de manière durable et fiable, constituer notre ligne de conduite pour l'avenir. Et ce, d'autant plus que lorsque nous arrivions au terme de cet essai, au mois d'avril, le fait de mettre les producteurs hors-sol quasiment du

7. Juni 1993 N 1023 Fragestunde jour au lendemain devant une Situation totalement différente - mettre terme par exemple à cette expérience le 30 avril 1993, c'est-à-dire réduire à néant, dès le 1er mai, tous les investissements qu'ils ont pu faire - n'aurait pas été un procédé correct de la part de l'Etat à l'égard de ces entreprises. En outre, en une année, Monsieur Engler, nous n'avons évidemment pas pu faire des progrès tels, dans les négociations internationales du Gatt, que nous puissions avoir aujourd'hui une idée définitive de ce que sera l'accord résultant de l'Uruguay Round. Par conséquent, il était non seulement logique, mais nécessaire, contrairement peut-être à mes premières impulsions, de prolonger cet essai. Quel est le sens de ce deuxième essai? En ce qui concerne les productions hors-sol, c'est-à-dire les tomates et les concombres, pouvoir les protéger de manière plus adéquate qu'auparavant, c'est-à-dire quand les produits hors-sol profitaient,

no- lens volens, de la même protection que ceux de pleine terre. Nous avons essayé, par cette ordonnance, de différencier précisément le traitement des produits provenant des deux méthodes de culture, avec des prix de prise en charge différents. La possibilité de distinguer les produits est la condition sine qua non de décider définitivement de l'opportunité d'une protection de ces types de produits. Les expériences faites dans l'application de l'ordonnance durant la première année ont révélé l'existence de problèmes techniques, lesquels proviennent essentiellement du fait que la distinction des produits est impossible sur le plan organoleptique - faites des essais de dégustation de tomates, je m'y livre rarement, mais vous verrez que, parfois, les meilleurs palais ne reconnaissent pas un produit hors-sol d'un autre -, et impossible également du point de vue chimioanalytique. De plus, vous savez que les légumes hors-sol sont produits dans des exploitations utilisant souvent les deux méthodes. Enfin,

E. 10

pour cent seulement des récoltes sont vendus directement, 90 pour cent sont commercialisés par les coopératives et par le commerce indigène. D'où l'impossibilité, dans un laps de temps si court, de procéder à cette distinction d'étiquetage des produits offerts au consommateur sur le marché, et la nécessité, si l'on veut continuer ce système, de pouvoir mettre en place un système efficace de surveillance et de contrôle. C'est ce deuxième exercice, Monsieur Engler, qui permettra d'y voir clair. J'ajouterai que ce n'est pas au mois d'avril 1994 que nous prendrons une décision définitive, ce serait trop tard, c'est entre décembre et janvier, dernier délai, que nous devons dire si oui ou non ce que l'on aura pu accumuler comme expériences, dans ces domaines pointus, entre maintenant, en juin, et la fin de l'année est suffisant ou non. Si ce n'est pas suffisant, l'exercice sera interrompu. Dans le cas contraire, on peut imaginer mettre en place un système qui tienne à plus long terme. Mais pour l'instant, il est opportun et sage de poursuivre l'expérience. Je tiens à vous dire que ce ne sont pas les offices fédéraux concernés tout seuls qui vont la contrôler: lorsqu'on aura pu tirer les premières conclusions, nous les traiterons avec tous les milieux intéressés avant que le Conseil fédéral, ou le département, ne décide, c'est-à-dire avec les milieux de la production, de la commercialisation, de la consommation et aussi, naturellement, les milieux de l'importation. Tel est le sens de la prolongation de cet exercice.

Engler: Ich bin im grossen und ganzen mit der Antwort zufrieden. Insbesondere haben Sie durchblicken lassen, dass diesem zusätzlichen Jahr eher die Bedeutung einer letzten Uebergangsphase zukommt und nicht so sehr diejenige eines zweiten Versuchsjahres. Ich gehe davon aus, weil mein Postulat vom Bundesrat angenommen, der politische Wille somit kundgetan wurde und Sie wenig dazu gesagt haben, was eine zweite Versuchsphase an neuen Erkenntnissen bringen sollte, nachdem die erste praktisch nichts an Erkenntnissen gebracht hat. Meine erste Zusatzfrage: Es wurde heute offenbar beschlossen, diese zweite Phase ab morgen beginnen zu lassen. Die Preise wurden von Fr. 2.80 im letzten Jahr auf jetzt Fr. 2.60 reduziert. Wo liegt der Grund dafür? Meine zweite Zusatzfrage: Wie rechtfertigen Sie die Differenz zwischen den bis heute zu bezahlenden Fr. 1.20 bis Fr. 1.40 und den ab morgen geltenden Fr. 2.60? Welches ist die Begründung für diese Preisdifferenz? M. Delamuraz, conseiller fédéral: J'aimerais tout d'abord dire à M. Engler qui, par sa question complémentaire, montre les limites de nos possibilités de continuer indéfiniment l'expérience - et il a raison - qu'évidemment le gros danger, Monsieur Engler, dans la prolongation des opérations est là, à savoir que l'on encourage en quelque sorte les producteurs hors-sol à investir, et à investir toujours plus, et à rendre par conséquent l'arrêt éventuel de cette méthode d'autant plus brutal que des intérêts financiers

seraient en train de courir. C'est donc en toute connaissance de cause que nous avons informé les intéressés, les milieux producteurs et, pour l'essentiel, les revendeurs, du caractère aléatoire et non définitif de notre décision, pour que l'on ne puisse jamais nous opposer, à un moment donné, les investissements que l'on a faits et que l'on doit renter sur une plus longue période. C'est à cause de ces éléments-là que la différence de prix a été prise en compte pour que l'on puisse, dans une certaine mesure plus ou moins arbitraire, mais tout de même assez calculée, tenir compte des conditions et des prix de production différents selon les deux méthodes. Mais sachez-le bien, le but de l'exercice serait d'arriver à une unité des prix pour éviter, en outre, supplémentairement, une dyslexie dans le marché de détail. Les prix à la production des tomates et concombres hors-sol indigènes ainsi que de la production traditionnelle sont fixés par le Contrôle des prix selon le développement des coûts et des rendements. La différence de prix entre la première et la deuxième phase résulte du fait que, dans la première phase, il n'y a aucune protection à la frontière tandis que, dès le commencement de la deuxième phase, la production indigène profite de la protection.

93.5068 Frage Epiney Alpentransversalen Question Epiney Transversales alpinen Wortlaut der Frage vom 7. Juni 1993 Bundesrat Stich hat nach Presseberichten beunruhigende Erklärungen abgegeben. 1. Ist der Bundesrat bereit, den Willen des Volkes zu respektieren und die beiden Projekte Gotthard und Lötschberg gleich zu behandeln? 2. Stimmt er der Analyse seines Finanzministers zu, nach der die Verwirklichung des Lötschberg-Projekts ungeachtet des Volkswillens in Frage gestellt sei? Texte de la question du 7 juin 1993 Dans le prolongement des déclarations inquiétantes de M. Stich parues dans la presse, le Conseil fédéral: 1. entend-il respecter la volonté populaire et maintenir les deux projets du Gotthard et du Loetschberg sur un pied d'égalité? 2. partage-t-il les analyses prospectives de son ministre des finances, selon lequel la réalisation du projet du Loetschberg serait remise en cause contre l'avis du souverain? Bundespräsident Ogi: Als Bundespräsident stelle ich fest, dass für die Fragestunde vom 7. Juni 1993 total 28 Fragen gestellt wurden. 16 davon kommen von der Fraktion der Auto-Partei. Ich muss sagen, dass die Verwaltung, solange sie so viele Fragen zu beantworten hat, nicht abbauen kann.

Heure des questions 1024 N 7 juin 1993 Nun möchte ich die Frage von Herrn Epiney beantworten: Der Alpentransitbeschluss vom 4. Oktober 1991 wurde am 27. September 1992 vom Volk mit doppelt soviel Ja- wie Nein- stimmen angenommen und auf den 1. Dezember 1992 in Kraft gesetzt Das zu realisierende Konzept umfasst den Ausbau der Transitachsen Gotthard und Lötschberg-Simplon als Gesamtsystem. Dadurch ist die Gleichbehandlung der beiden Transitachsen durch den Bundesrat verbindlich vorgegeben. Im übrigen sind die Gotthard-Basislinie und der Lötschberg-Basistunnel nicht separate Projekte, sondern zwei sich gegenseitig bedingende Teile des Konzeptes. Diese sogenannte «Netzvariante» wurde nicht zuletzt gewählt, damit der Zulauf zu den neuen Alpentransversalen ohne bedeutende Ausbauten auf dem übrigen Netz der SBB erfolgen kann. Das vergisst man acht Monate nach der Abstimmung sehr gerne. Daraus ergibt sich, dass ein Verzicht auf einen Teil des Konzeptes nicht ohne Folgen auf den anderen Teil bleiben würde. Der Bundesrat wird nach Einreichung der Vorprojekte über die Linienführung, über das Bauprogramm, die Bauetappen und den zeitlichen Ablauf zu entscheiden haben.

93.5077 Frage Steinemann Projekt «Bahn 2000» wohin? Question Steinemann Projekt »Rail 2000«. Quelles perspectives? Wortlaut der Frage vom 7. Juni 1993 1. «Bahn 2000», welches als flächendeckend konzipiertes Bahnprojekt den Stimmbürgern für 5,4 Milliarden Franken «verkauft» wurde, soll nun in erster Linie noch zum Zubringer für die Neat schrumpfen. Ist der Vorlage vom Dezember 1987 noch Genüge getan, oder

müssten die Stimmbürger zu diesem Thema nochmals befragt werden? 2. Am 28. September 1992 hat Bundesrat Ogi mir in der Fragestunde betreffend Kosten von «Bahn 2000» keine Antwort geben können (oder wollen). Herr Ogi hat mir nach verlorener Neat-Schlacht den Vorwurf gemacht, ich wolle nur verunsichern. In der Zwischenzeit hat sich meine damalige Frage als sehr berechtigt erwiesen. Ist eine Antwort betreffend die Kosten, die heute auf mindestens 15 Milliarden geschätzt werden («NZZ» 1. 6. 93), zurzeit aus dem Munde des Verkehrsministers erhältlich? Texte de la question du 7 juin 1993 1. Il est question que «Rail 2000», qui a été «vendu» pour 5,4 milliards de francs aux électeurs comme projet ferroviaire à grande échelle, se «rétrécisse» pour n'être plus guère qu'un réseau de raccordement à la NLFA Le texte soumis au vote en décembre 1987 est-il encore respecté, ou faudrait-il consulter à nouveau les électeurs? 2. Lors de l'heure des questions du 28 septembre 1992, M. Ogi, conseiller fédéral, n'a pas pu (ou pas voulu) me répondre lorsque je l'interrogeais au sujet du coût de «Rail 2000». M. Ogi m'a reproché de vouloir jeter le doute après avoir perdu la «bataille» relative à la NLFA Entre temps, ma question d'alors s'est révélée tout à fait légitime. Etant donné que ce coût est estimé aujourd'hui à 15 milliards de francs au moins («NZZ» du 1er juin 1993), serait-il enfin possible d'obtenir une réponse de notre ministre des transports à ce sujet? Bundespräsident Ogi: Zwei Fragen, zwei Antworten. Zur ersten Frage: Die SBB werden Ende Juni 1993 in einem Bericht darlegen, ob und wie die Ziele von «Bahn 2000» unter Einhaltung des bewilligten Kostenrahmens erreicht werden können. Erst wenn dieser Bericht vorliegt, kann beurteilt werden, ob ein politischer Handlungsbedarf gegeben ist Es trifft nicht zu, dass «Bahn 2000» zu einem blossen Neat-Zubringer schrumpfen soll. Das Konzept hat die folgenden Minimalvorgaben zu erfüllen: 1. In allen grossen Zentren soll der Stundentakt mit schlanken Anschlüssen verwirklicht werden; 2. der Stundentakt ist zu gewährleisten; bei genügender Nachfrage - und nur dann - kann die Taktfrequenz erhöht werden; 3. die Westschweiz darf nicht benachteiligt werden; die Jura-südfuss-Linie ist fahrzeitmässig der Mittellandlinie gleichzustellen; 4. den Bedürfnissen des Zulaufs zur Neat und der Integration der Schweiz in das europäische Hochleistungs-Eisenbahnnetz ist Rechnung zu tragen - Sie werden ja in fünf Jahren wohl nicht sagen wollen, wenn Sie dann den modernen TGV, den Pendolino und den IGE sehen, wir hätten vor fünf Jahren reagieren sollen! Zur zweiten Frage: Am 28. September 1992 lag noch keine definitive Kostenschätzung vor, Herr Steinemann. Aufgrund des Standberichtes Herbst 1992 hat sich dann gezeigt, dass die Kosten von «Bahn 2000» den vorgegebenen Kredit bei weitem - ich muss sagen: bei weitem - überschreiten würden, wenn alle in diesem Bericht vorgesehenen Bauten realisiert würden. Deshalb sind die SBB beauftragt worden, ein Projekt für 5,4 Milliarden Franken plus angelaufene Teuerung - heute sind das rund 8 Milliarden Franken - zu realisieren. Sie müssen ferner aufzeigen, welche Teilprojekte allenfalls in einer nächsten Etappe verwirklicht werden können bzw. mit welchen betrieblichen Massnahmen - beispielsweise mit technischen Möglichkeiten, dem Einsatz von Neigezügen, verbesserten Bauten - diese ersetzt werden könnten. 93.5078 Frage Steinemann Negativmeldungen über die Neat Question Steinemann NLFA. Nouvelles négatives Wortlaut der Frage vom 7. Juni 1993 1. Nicht mehr als 14,9 Milliarden (Preisstand 1991) werde die Neat kosten, versprach Bundespräsident Ogi hoch und heilig vor der erst kürzlichen Abstimmung dem Schweizervolk. Es hat ja gesagt zu einem unklaren, unfertigen und viel zu teuren Projekt, weil es den Beteuerungen des Verkehrsministers mehr glaubte als der Opposition. Verstösst der Zustand der schon heute bestimmten massiven Kostenüberschreitung der geplanten Röhrenanlagen gegenüber den Stimmbürgern und Steuerzahlern nicht gegen Treu und

Glauben? Am Fernsehgespräch vor der Abstimmung in Arth-Goldau habe ich Bundespräsident Ogi mit den Kostenangaben behaftet. Wie stellt er sich heute dazu? 2. Ist die Neat - wie sie vom Volk angenommen wurde - zu vernünftigen Kosten überhaupt noch realisierbar, oder ist eine neue Vorlage und eine neue Volksabstimmung nötig, in welcher angesichts tieferer Ertragsschätzungen und Bundesfinanzlage eine Etappierung zwingend vorgesehen werden muss? Texte de la question du 7 juin 1993 1. Peu avant la récente votation sur cet objet, M. Ogi, président de la Confédération, avait proclamé haut et fort à l'adresse du peuple suisse que la NLFA ne coûterait pas plus de 14,9 milliards (indice de 1991). Les électeurs ont dit oui à un projet vague, incomplet, et beaucoup trop onéreux, parce qu'ils ont cru davantage aux promesses du ministre des transports qu'aux déclarations des adversaires. Le dépassement

7. Juni 1993 N 1025 Fragestunde de coût des galeries, qui s'annonce d'ores et déjà énorme, ne constitue-t-il pas une violation de la confiance des citoyens-contribuables? Par ailleurs, lors d'un entretien télévisé précédant la votation et retransmis d'Arth-Goldau, j'ai de nouveau pris en défaut M. Ogi, président de la Confédération, au sujet de ses indications relatives aux coûts. Qu'en pense-t-il aujourd'hui? 2. La NLFA, telle qu'elle a été acceptée par le peuple, est-elle encore vraiment réalisable à un coût raisonnable ou, compte tenu de la situation précaire des finances fédérales et de la diminution attendue des recettes de la Confédération, faut-il soumettre aux électeurs un nouveau projet prévoyant une réalisation par étapes de la ligne? Bundespräsident Ogi: Zur ersten Frage: Die Neat-Planung ist voll im Gange. Zurzeit wird ein Variantenvergleich durchgeführt, bevor die Neubauprojekte an die Bahnen übergeben werden. Es findet im Rahmen einer definierten Organisation, welche insbesondere die Kantone einbezieht, eine offene Planung statt. In der gegenwärtigen Phase haben sich die Kantone dazu zu äussern, welcher Variante sie aus ihrer Sicht den Vorzug geben. Nach der Übergabe der Projekte - das soll noch in diesem Jahr stattfinden - beginnt die eigentliche Vorprojektierung. Soweit Bahn und Kanton sich einig sind, wird eine einzige Variante bearbeitet. Wo unterschiedliche Vorstellungen bestehen bleiben, werden zwei Linienführungsvarianten gleichwertig bearbeitet, um sie dem Bundesrat zur abschliessenden Entscheidung vorzulegen. Die Bahnen sind beauftragt, im Rahmen der Vorprojektierung eine Basisvariante zu unterbreiten, welche den von den eidgenössischen Räten festgelegten Gesamtkredit, Preisstand 1991, Projektierungs- oder Planungsstand 1989 einhält und den Anforderungen des Bundesrechtes - ich denke hier vor allem an den Umweltschutz - genügt. Der aktuelle Planungsstand erlaubt die Feststellung, dass der Auftrag erfüllbar ist. Aber die Nadelstiche der letzten Wochen, die Sie kennen - ich denke an Finanzen, ich denke an Geologie, ich denke an Wasser, ich denke an die «40-Töner» usw. -, haben zu dieser Verunsicherung beigetragen. Im Gesamtkredit nicht eingeschlossen sind jedoch, Herr Steinemann, unvorhersehbare Baukostenrisiken. Diese Risiken wurden übrigens - lesen Sie das in der Botschaft nach - nie verschwiegen, sondern in der Botschaft vom 23. Mai 1990, Ziffer 221, ausdrücklich erwähnt. Von einem Verstoss gegen Treu und Glauben kann nicht die Rede sein. Zur zweiten Frage: Der Bundesrat respektiert Volkssentscheide. Er sieht acht Monate nach der Volksabstimmung keinen Anlass, die Realisierbarkeit der Neat zu vernünftigen Kosten in Frage zu stellen. Es sind ihm auch keine niedrigeren Ertragsschätzungen bekannt, die neue Entscheide erfordern würden. Nach Einreichung der Vorprojekte wird der Bundesrat über die Linienführung, die Bauetappen und den zeitlichen Ablauf entscheiden. Steinemann: Zuerst besten Dank, für die grosse Mühe, die Sie sich mit uns - und mit mir im speziellen - immer geben müssen. Aber ich kann die Rüge nicht akzeptieren, dass wir die Fragestunde überbeanspruchen, da es ein

legitimes Recht aller Parlamentarier ist. Aber ich glaube trotzdem, dass das Volk zu einem Projekt ja gesagt hat, das so weder finanziell noch planerisch je ausgeführt werden kann. Ich frage Sie: Wieso wollen Sie nicht zugeben, dass Sie vor der Abstimmung viel zu optimistische Behauptungen verbreitet haben? Bundespräsident Ogi: Erstens gebe ich mir gerne Mühe, Ihre Fragen zu beantworten. Zweitens habe ich keine Rüge erteilt, sondern als Bundespräsident lediglich festgestellt, dass wir soundso viele Fragen von seiten der Auto-Partei zu beantworten haben; mehr nicht. Das ist eine Bilanz, die wir gezogen haben, ohne jegliche Hintergedanken. Wenn Sie diesen Hintergedanken spüren, muss ich meine Mimik wohl etwas anpassen. In bezug auf den Optimisten Ogi, den Sie angesprochen haben: Ich bin von Haus aus Optimist. Ich habe keinen Grund, jetzt Pessimist zu sein, denn die Berechnung auf 15 Milliarden Franken für die Neat habe ich nicht aus meinem Ärmel gezaubert, sondern sie wurde von den besten Ingenieuren in diesem Land errechnet. Ich darf annehmen, dass die Damen und Herren Ingenieure gute Arbeit geleistet haben. Es besteht kein Grund, heute zu sagen, diese 15 Milliarden Franken würden nicht genügen. Ich darf Sie fragen - leider können Sie jetzt nicht hierher kommen und mir die Antwort geben -: Woher haben Sie Ihre Zahlen? Aufweicher Basis, aufweichen Grundlagen und von welchen Ingenieuren haben Sie diese Angaben erhalten, mit denen Sie - gestatten Sie mir, dass ich das sage - verunsichern wollen? 93.5069 Frage Epiney Hauptstrassen Question Epiney Routes principales Wortlaut der Frage vom 7. Juni 1993 Ist der Bundesrat nach der Annahme der Treibstoffzollerhöhung durch das Volk bereit, die von den Kantonen vorgeschlagenen Strassen als Hauptstrassen einzustufen? Wenn ja, inwieweit welcher Frist? Ist der Bundesrat der Meinung, dass mit einer solchen Einstufung der Wirtschaft im Alpengebiet neuer Auftrieb gegeben werden könnte? Texte de la question du 7 juin 1993 Suite à l'adoption par le peuple de l'augmentation de la taxe sur les carburants, le Conseil fédéral est-il prêt à classer les routes proposées par les cantons au rang de routes principales suisses? Si oui, dans quel délai? Le Conseil fédéral est-il d'avis qu'un tel classement est de nature à relancer l'économie dans les régions alpines? Bundespräsident Ogi: Bei den Hauptstrassen reichen die Mittel, Herr Epiney, schon heute bei weitem nicht aus, um den Begehren der Kantone nachzukommen. Grossprojekte wie der Tunnel unter der Vue des Alpes, die Umfahrung von Locarno, die Umfahrung Visp oder die Umfahrung Martigny beanspruchen unsere Kredite. Der Bundesrat sieht die Priorität im Nationalstrassenbau bei der Fertigstellung der Teilstücke des beschlossenen Netzes. Deshalb sind die zweckgebundenen Mehreinnahmen nach der Abstimmung vom 7. März 1993 so einzusetzen, dass das vierte, langfristige Bauprogramm eingehalten werden kann. Eine Erweiterung, Herr Epiney, des Hauptstrassennetzes kommt nur dann in Frage, wenn auch der Hauptstrassenkredit - Sie sind ja zuständig für die Kredite und verantwortlich für die Budgethoheit - erhöht werden kann. Der Bundesrat will keine Erwartungen wecken, die er später nicht erfüllen kann. Er hat deshalb den Entscheid für die Erweiterung des Hauptstrassennetzes bis auf weiteres zurückgestellt. Darf ich Ihnen sagen: Die Mittel diktieren unsere Möglichkeiten. Und grundsätzlich, Herr Epiney: Der Bund kann keine neuen Aufgaben mehr übernehmen.

Heure des questions 1026 N 7 juin 1993 93.5071 Frage Moser Privatisierung von Cargo Domizil Question Moser Privatisation de Cargo Domicile Wortlaut der Frage vom 7. Juni 1993 Das Cargo-Domizil-Geschäft der SBB hat einen maximalen Deckungsgrad von rund 40 Prozent. Aus diesem Grund soll dieses Geschäft privatisiert werden. In der Presse war zu lesen, dass die Cargo Domizil AG keine Unternehmung der SBB bzw. des Bundes mehr sein wird. Stimmt es, dass die Aktien wie folgt verteilt werden sollen: 51 Prozent SBB und

PTT; 30 Prozent CSS AG (davon sind aber 12 Prozent bei den KTU = öffentliche Hand); 19 Prozent an Private? Bei dieser Verteilung wären also 63 Prozent nach wie vor in der öffentlichen Hand, von einer Privatisierung kann keine Rede mehr sein. Was wird der Bundesrat unternehmen, damit die Aktien mindestens zu 51 Prozent in privaten Händen (ohne KTU) sind? Texte de la question du 7 juin 1993 Le service Cargo Domicile des CFF ne présente qu'un taux de couverture maximal de quelque 40 pour cent, raison pour laquelle sa privatisation a été envisagée. Ainsi qu'on a pu le lire dans la presse, Cargo Domicile SA ne sera plus une entreprise des CFF, c'est-à-dire de la Confédération. Est-il vrai que les actions seront réparties de la manière suivante: 51 pour cent CFF et PTT; 30 pour cent CSS SA (dont

E. 12

pour cent sont aux mains des entreprises de transport concessionnaires = pouvoirs publics); 19 pour cent particuliers? Si cette répartition est juste, 63 pour cent des actions seraient aux mains des pouvoirs publics, donc on ne pourrait plus parler d'une privatisation. Que compte entreprendre le Conseil fédéral pour qu'au moins 51 pour cent des actions soient détenues par des particuliers (sans les entreprises de transport concessionnaires)? 93.5076 Frage Steinemann Personalvermietung der SBB Question Steinemann CFF. Location des services du personnel Wortlaut der Frage vom 7. Juni 1993 Trifft es zu, dass im Konzept «Reprivatisierung Cargo Domizil» vorgesehen ist, dass die neu zu gründende Cargo Domizil AG von den SBB einen Teil des Personals anmietet? Wenn ja, müsste als sicher angenommen werden, dass die SBB das sich aus dieser Vermietung ergebende Defizit tragen müssten, was indirekt einer weiteren Subventionierung des defizitären Stückgutgeschäftes gleichkommen würde. Wird der Bundesrat einem solchen Vertrag mit versteckter Subventionierung zustimmen? Texte de la question du 7 juin 1993 Est-il exact qu'un projet dénommé «Reprivatisation de Cargo Domicile» prévoit la fondation d'une firme nommée Cargo Domicile SA qui louerait les services d'une partie du personnel CFF? Dans l'affirmative, il faudrait considérer comme certain que les CFF seraient obligés de prendre en charge le déficit qui résulterait de cette mesure, ce qui reviendrait à continuer de subventionner indirectement le trafic de marchandises en vrac, déjà déficitaire. Le Conseil fédéral compte-t-il approuver un tel contrat impliquant un subventionnement déguisé? 93.5084 Frage Jenni Peter Privatisierung von Cargo Domizil. Information der GPK Question Jenni Peter Privatisation de Cargo Domicile. Information de la CdG Wortlaut der Frage vom 7. Juni 1993 Am 23. Juni 1993 wird der Verwaltungsrat der SBB die Verträge zwischen den SBB/PTT/KTU und der CSS AG behandeln. Nach meiner Information soll über diese Verträge anlässlich einer Pressekonferenz vom 25. Juni 1993 (Schnellzugstempo) bereits die Öffentlichkeit informiert werden. Ist der Bundesrat bereit, diese Verträge vor der Verwaltungsratssitzung der SBB an die Mitglieder der GPK vollumfänglich zu übergeben, damit allenfalls in der dritten Sessionswoche dem Bundesrat noch Fragen gestellt werden können? Texte de la question du 7 juin 1993 Le 23 juin 1993, le conseil d'administration des CFF traitera des contrats liant les CFF, les PTT, les entreprises de transport concessionnaires et CSS SA A ma connaissance le public sera déjà informé de la situation lors d'une conférence de presse qui se tiendra le 25 juin 1993 (vitesse des trains directs). Le Conseil fédéral est-il prêt à remettre ces contrats dans leur intégralité aux membres de la CdG, avant la séance du conseil d'administration des CFF, afin que, le cas échéant, il soit encore possible de poser des questions au Conseil fédéral lors de la troisième semaine de la session? 93.5085 Frage Giezendanner Privatisierung von Cargo Domizil Question Giezendanner Privatisation de Cargo Domicile Wortlaut der Frage

vom 7. Juni 1993 Bekanntlich erwirtschaften die SBB mit dem Stückgutverkehr etwa 100 Millionen Defizit. Trotzdem wird nun versucht, eine Uebernahmegesellschaft mit dem Namen CDS Cargo Domizil AG zu gründen. Im Entwurf (Unternehmensstruktur) ist vorgesehen, dass 10 Prozent dieser neuen Gesellschaft für Private vorzusehen sind. 30 Prozent sind für die heute bestehende CSS AG reserviert. An der CSS aber sind schon heute die KTU mit 12 Prozent beteiligt. In den Statuten soll festgelegt werden, dass nach Gründung der CDS AG nicht mehr als 60 Prozent der Aktien im Besitz von schweizerischen Körperschaften des öffentlichen Rechts sein dürfen. Mit dieser neuen Gesellschaft ändert also nichts. Was wird der Bundesrat unternehmen, um eine echte Privatisierung des Cargo Domizil zu realisieren, und ist der Bundesrat bereit, in den Statuten der neuen CDS AG zu verankern, dass nicht mehr als 49 Prozent der Aktien im Besitz von schweizerischen Körperschaften des öffentlichen Rechts sein dürfen?

7. Juni 1993 N 1027 Fragestunde
Texte de la question du 7 juin 1993 II est bien connu que les CFF enregistrent un déficit de quelque 100 millions de francs dû au trafic de détail. Mais, cela ne les empêche pas de prévoir la création d'une nouvelle société du nom de CSD Cargo Domicile SA, qui reprendra le capital de CSS SA. Selon un projet (structure d'entreprise), 10 pour cent de cette nouvelle société seront détenus par des particuliers, 30 pour cent étant réservés à la société actuelle CSS SA. Or, aujourd'hui déjà, les entreprises de transport concessionnaires participent à raison de 12 pour cent au capital de CSS. Les statuts devront indiquer que, au lendemain de la création de CDS SA, les corporations suisses de droit public ne seront pas habilitées à détenir plus de 60 pour cent des actions de la nouvelle société. Rien n'aura donc changé. Que compte entreprendre le Conseil fédéral pour assurer une véritable privatisation de Cargo Domicile, et est-il prêt à inscrire dans les statuts de la nouvelle société CDS SA que les corporations suisses de droit public ne sont pas autorisées à détenir plus de 49 pour cent des actions de la société? 93.5087
Frage Giezendanner CDS Cargo Domizil AG und SBB-Liegenschaften
Question Giezendanner CDS Cargo Domicile SA et immeubles des CFF
Wortlaut der Frage vom 7. Juni 1993 Es ist vorgesehen, dass die CDS AG die Regionalzentren und Agenturen nach Möglichkeit an Dritte vermietet. Die Mitglieder der heutigen CSS sollen dabei als Mieter den Vorzug haben. Ist vorgesehen, dass Liegenschaften (Regionalzentren, Lagerhäuser usw.) von den SBB in den Besitz der neuen CDS AG übergeführt werden, oder vermieten die SBB lediglich die Liegenschaften an die CDS AG und werden diese Vermietungen allenfalls zu marktgerechten Preisen gemacht? Texte de la question du 7 juin 1993 II est prévu que CDS SA louera, dans la mesure du possible, les centres régionaux et les agences à des tiers, les membres de la société actuelle CSS ayant la priorité en tant que locataires. Dans ce contexte, les immeubles (centres régionaux, entrepôts, etc.), qui appartiennent aujourd'hui aux CFF, deviendront-ils la propriété de CDS SA, ou les CFF se borneront-ils à louer ces immeubles à CDS SA? Le cas échéant, ces locations se feront-elles à des prix conformes au marché? 93.5088
Frage Giezendanner CDS Cargo Domizil AG. Gründungskosten
Question Giezendanner CDS Cargo Domicile SA. Frais de fondation
Wortlaut der Frage vom 7. Juni 1993 Im Business Plan der neuzugründenden CDS Cargo Domizil AG sind direkte Gründungskosten von 213000 Franken und Projektkosten von 2350000 Franken für 1993 und 5 500 000 Franken (!) für 1994 vorgesehen. Diese Kosten werden als effektive Vollkosten inklusive Personalaufwand der SBB und CSS intern und inklusive liquiditätswirksame Zahlungen an Dritte deklariert. Wie setzen sich diese Kosten im Detail zusammen, und wieviel wird an den privaten Berater (H. J. Schläfli) pro Jahr bezahlt? Texte de la question du 7 juin 1993 La planification de la future société CDS Cargo Domicile SA

prévoit des frais de fondation directs de 213 000 francs et des coûts liés au projet d'un montant de 2 350 000 francs pour 1993 et de 5 500 000 francs (!) pour 1994. Ces coûts sont déclarés en tant que coûts globaux effectifs et comprennent les frais de personnel des CFF, les coûts internes de CSS et les paiements à des tiers influant sur les liquidités. Quelle est la composition détaillée de ces coûts, et quel montant sera versé chaque année au conseiller privé, M. H. J. Schläfli? Bundespräsident Ogi: Ich versuche die Cargo-Domizil-Fragen gesamthaft wie folgt zu beantworten: Die Ergebnisse des Stückgutverkehrs sind in der Tat unbefriedigend, weshalb der Bundesrat die SBB aufgefordert hat, das Konzept grundlegend zu überdenken. Eine Weiterführung von Cargo Domizil ist offenbar nur vertretbar, wenn das heutige Konzept ganz massiv rationalisiert wird. Dabei sind die besonderen Stärken des Schienen- und Strassentransports besser auszuschöpfen und zu koordinieren. Die Leistungen sollen von einer neuen Gesellschaft nach privatem Recht erbracht werden. Lieber die Beteiligung an dieser Gesellschaft im einzelnen sind noch keine definitiven Entschlüsse gefallen. Es trifft zu, dass seitens der öffentlichen Hand zurzeit eine Mehrheitsbeteiligung im Vordergrund steht. Bei den SBB geht es im Zusammenhang mit der Rationalisierung von Cargo Domizil um rund 1400 Stellen. Es ist vorgesehen, dass dieser Bestand durch natürliche Abgänge reduziert und eine bestimmte Anzahl der heutigen SBB-Mitarbeiter an die Cargo Domizil AG detachiert wird. Ueber die Bedingungen, unter denen dieser Transfer abgewickelt werden soll, wird zurzeit mit den Beteiligten verhandelt. Der Verwaltungsrat der SBB wird als oberstes Organ des Unternehmens zum neuen Cargo Domizil Stellung nehmen und die Absichten festlegen müssen. Er wird die in seine Kompetenzfallenden Entschlüsse treffen. Neue Konzepte der SBB sind jedoch dem Bundesrat zur Genehmigung vorzulegen. Dies gilt auch für den voraussichtlich stark rationalisierten Bereich des Cargo Domizil. Der Bundesrat ist nicht bereit, Verträge vor deren Genehmigung durch die zuständigen Organe an die Mitglieder der GPK herauszugeben. Eine vollständige Privatisierung von Cargo Domizil ist grundsätzlich denkbar. Der Erfolg eines Angebotes ist indes nicht allein davon abhängig. Der Bundesrat erwartet, dass mit diesem Angebot positive Deckungsbeiträge an die Infrastruktur erwirtschaftet werden können. Für die Beurteilung des neuen Cargo Domizil durch den Bundesrat ist die Veränderung des Ergebnisses der SBB von Bedeutung. Die Anzahl der Regionalzentren soll gegenüber heute erheblich reduziert werden. Die SBB sehen vor, Liegenschaften an die neue Gesellschaft Cargo Domizil zu vermieten. Die Regionalzentren sollen als eigentliche Profitzentren geführt werden. Im Interesse einer maximalen Ergebnisverbesserung müssen die SBB daran interessiert sein, für die Vermietung möglichst vorteilhafte Preise zu realisieren. Eine Beurteilung der Gründungskosten und Detailangaben ist zurzeit nicht möglich, da verschiedene wesentliche Fakten noch nicht vorliegen. Das Projekt Cargo Domizil wird im Moment von den SBB zusammen mit möglichen Partnern vorbereitet. Erst anschliessend, wenn die klare Absicht der SBB und insbesondere die finanziellen Konsequenzen bekannt sind, wird das Konzept dem Bundesrat zur allfälligen Genehmigung unterbreitet. Der Bundesrat wird erst über die Zukunft von Cargo Domizil und damit auch über die Beteiligungsverhältnisse entscheiden, wenn sämtliche Fakten, insbesondere auch die finanziellen Konsequenzen, bekannt sind. Dies ist heute leider noch nicht der Fall.

Heure des questions 1028 N 7 juin 1993 93.5083 Frage Jenni Peter Pilotenausbildung auf Kosten der Steuerzahler Question Jenni Peter Instruction des pilotes à la charge des contribuables Wortlaut der Frage vom 7. Juni 1993 Im Bazl werden heute immer noch Zusatzausbildungen oder einzeln sogar Grundausbildungen auf Fluggeräten mit Steuer-

geldern finanziert Die finanzielle Lage des Bundes und vor allem die grosse Arbeitslosigkeit, zum Beispiel bei Hubschrauberpiloten, rechtfertigen dieses Vorgehen in keiner Weise. Die Arbeitsplätze beim Bazl sind zudem in der jetzigen Wirtschaftslage so begehrt, dass ein gewisses Anforderungsprofil diesbezüglich gestellt werden kann. Ist der Bundesrat bereit, vom Personal künftig zu verlangen, dass diese Ausbildungen auf privater Basis finanziert werden, wie es in der Privatwirtschaft auch üblich ist? Texte de la question du 7 juin 1993 A l'Ofac, il est encore courant que des formations complémentaires, voire des formations de base sur des aéronefs, soient financées avec l'argent des contribuables. La situation financière de la Confédération, et surtout, le taux élevé de chômage qui frappe, par exemple, les pilotes d'hélicoptères, ne justifient aucunement cette pratique. En outre, les emplois à l'Ofac sont tellement convoités dans la situation économique actuelle que l'on peut formuler certaines exigences à ce propos. Je prie donc le Conseil fédéral de répondre à la question suivante: Est-il prêt à exiger à l'avenir du personnel que ces formations soient financées à titre privé, comme c'est d'ailleurs le cas dans le secteur privé?

Bundespräsident Ogi: Herr Jenni Peter wird mir nicht böse sein, wenn ich mich sehr kurz fasse. Ich beantworte Ihre Frage wie folgt: Der Flugdienst des Bundesamtes für Zivilluftfahrt (Bazl) basiert auf dem Bundesratsbeschluss vom 19. Mai 1971 über den Flugdienst beim EVED. Die Anforderungsprofile, welche das Bundesamt für seine Luftfahrtinspektoren aufstellt, sind sehr hoch. Das Bundesamt verlangt je nach Pflichtenkreis zwischen 5000 bis 10 000 Flugstunden. Damit die Luftfahrtinspektoren die verlangte hohe Kompetenz beibehalten können, sind Training, Weiterbildung und allenfalls Umschulung notwendig. Hierzu wird im Voranschlag ein bestimmter Beitrag eingestellt Die fliegerische Ausbildung ist Bestandteil der beruflichen Aus- und Weiterbildung, sie gehört sowohl in der allgemeinen Bundesverwaltung als auch in der Privatwirtschaft zur absoluten Notwendigkeit

Jenni Peter: Ich danke Ihnen sehr für die Beantwortung meiner Frage, aber ich habe noch eine kleine Zusatzfrage: Ist der Bundespräsident bereit, in diesem Bereich noch vermehrt Aufgaben an die Privatwirtschaft abzugeben? Ich denke vor allem an den Suchdienst und die VIP-Flüge. Noch eine kleine Anmerkung zu Ihrem Eintretensvotum betreffend die 16 Fragen der Auto-Partei, die übrigens nicht nur Sie beantworten müssen: Ich meinte, die Fragestunde sei ein Instrument für uns Parlamentarier, um die Verwaltung zu entlasten.

Herr Bundespräsident, korrigieren Sie mich, wenn dem nicht so ist Die Fraktion der Auto-Partei wird sich dann bemühen, alle Fragen via Vorstösse einzureichen.

Bundespräsident Ogi: Die Fragestunde ist zeitlich limitiert Aber Ihre Zusatzfrage kann ich wie folgt beantworten: Ich habe das Bundesamt für Zivilluftfahrt angewiesen, sämtliche Bereiche zu überprüfen und - in Anbetracht der knappen finanziellen Mittel, die zur Verfügung stehen - auch die Ausgliederung, die Privatisierung oder andere Alternativen zu überprüfen. Wir sind an der Arbeit

93.5089 Frage Columberg Privates Fernsehprogramm Teil-TV Question Columberg Chaîne privée Tell-TV Wortlaut der Frage vom 7. Juni 1993 Sind die Voraussetzungen für Konzessionserteilung und für die Realisierung des privaten Fernsehprogramms Teil-TV noch gegeben, und was gedenkt der Bundesrat in dieser Angelegenheit zu unternehmen? Texte de la question du 7 juin 1993 Les conditions auxquelles sont subordonnés l'octroi de la concession et la réalisation de la chaîne de télévision Tell-TV sont-elles toujours réunies? Que pense faire le Conseil fédéral en l'occurrence?

Bundespräsident Ogi: Der Bundesrat befasst sich nicht mit der Angelegenheit Teil-TV. Gemäss Radio- und Fernsehgesetz ist dafür das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement zuständig. Zurzeit wird geprüft, ob die finanziellen Voraussetzungen zur Aufrechterhaltung der Konzession noch gegeben sind. 93.5090

Frage Borer Roland Bewilligungen für 40-Tonnen-Lastwagen aus EG-Staaten Question Borer Roland Autorisation des camions de 40 tonnes de la CE Wortlaut der Frage vom 7. Juni 1993 Im Zuge des Transitvertrages wurde der EG zugestanden, dass nach dem Ueberlaufmodell täglich mit maximal 50 Last- wagen à 40 Tonnen aus EG-Staaten die Schweiz durchfahren werden darf. Gemäss meinen Informationen wurden bis heute vier Bewilli- gungen erteilt Stimmt diese Zahl von vier Bewilligungen? Ist es richtig, dass für die Behandlung und Erteilung dieser Be- willigungen vier Arbeitsplätze geschaffen wurden? Wenn ja, welche Ersatzbeschäftigung wird diesen Angestell- ten zwischenzeitlich zugeordnet, da von einer Arbeitsausla- stung unter den geschilderten Umständen nicht gesprochen werden kann? Texte de la question du 7 juin 1993 Lors de la conclusion de l'Accord sur le transit, la suisse a concédé à la CE, conformément au système dit du surplus, l'autorisation du passage à travers notre pays d'un maximum de 50 camions de 40 tonnes par jour en provenance de pays de la CE. Selon mes informations, quatre autorisations ont été accor- dées jusqu'ici. Ce chiffre est-il exact? Est-il vrai que quatre postes de travail ont été créés pour le trai- tement et la délivrance de ces autorisations?

7. Juni 1993 N 1029 Fragestunde Si oui, quelle occupation d'appoint confie-t-on à ces employés pendant leurs périodes d'inactivité, étant donné que dans les circonstances décrites on ne peut dire que leur capacité de travail soit totalement utilisée?

Bundespräsident Ogi: Drei Fragen, drei Antworten, Herr Borer Roland: 1. Seit dem 22. Januar sind drei Bewilligungen erteilt worden. Zudem sind zahlreiche abschlägige Bescheide sowie Aus- künfte erteilt worden. Die heutige Bilanz präsentiert sich wie folgt: 3 abgegebene Genehmigungen, 8 abgelehnte Gesu- che, 124 erteilte Auskünfte. 2. Es trifft zu, dass eine Zentrale eingerichtet worden ist, die an fünf Tagen pro Woche während 11 Stunden täglich und am Samstag während 4 Stunden zu betreiben ist Um eine Bear- beitung der Gesuche innert zwei Stunden - das ist die Abma- chung gemäss Transitvertrag - zu ermöglichen, ist die durch- gehende Besetzung der Zentrale zu garantieren. In Erwartung einer regen Nachfrage haben wir vier Personen eingestellt Jetzt müssen Sie aber gut zuhören bei der Antwort auf Fra- ge 3. 3. Da das Ueberlaufmodell zurzeit wenig in Anspruch genom- men wird - anscheinend ist der Transitvertrag eben ein guter Vertrag -, ist das provisorisch angestellte Personal auf eine Person reduziert worden. Und jetzt hören Sie noch einmal gut zu, Herr Borer: Diese Person wird das EVED auf den 1. August 1993 auch verlassen; die Organisation ist in Ueberprüfung. Wir sind also lernfähig. 93.5091 Frage Ruf 1.-August-Initiative. Abstimmungstermin Question Ruf Initiative 1er août. Date du scrutin Wortlaut der Frage vom 7. Juni 1993 Ist der Bundesrat bereit, die eidgenössische Abstimmung über die Volksinitiative «Für einen arbeitsfreien Bundesfeiertag (1.-August-Initiative)» zeitlich so rechtzeitig anzusetzen, dass die neue Verfassungsbestimmung (einschliesslich der erfor- derlichen, jedoch bereits ausgearbeiteten Ausführungsge- setzgebung) bereits für den 1. August 1994 Wirkung entfalten kann? Wann wird die Abstimmung voraussichtlich stattfinden? Texte de la question du 7 juin 1993 Le Conseil fédéral est-il disposé à prévoir, pour le scrutin fédé- ral sur l'initiative populaire «pour un jour de la fête nationale fé- rié (initiative 1 er août)», une date qui permette de mettre en ap- plication la nouvelle disposition constitutionnelle (y compris la législation d'exécution nécessaire déjà élaborée) avant le 1er août 1994? Quand le scrutin pourrait-il avoir lieu? M. Couchepin, chancelier de la Confédération: Pour répon- dre à la question, je dirai que si l'initiative relative au 1er août passe en votation finale à l'issue de la session de juin 1993 des Chambres fédérales, la planification de la législation d'exécu- tion - j'insiste sur le fait que je parle maintenant de législation d'exécution - devrait s'établir de la manière

sui-vante. Pour pou-voir être applicable dès le 1^{er} août 1994, il faudrait que le projet de loi d'exécution, à sa-voir le projet de loi fédérale sur la Fête nationale qui a déjà été adopté par la Commission des pé-titions et de l'examen des constitutions cantonales, se- lon la décision du Conseil national d'accepter l'initiative popu- laire «pour un jour de la fête nationale férié», déposée le 25 octobre 1990, ayant la même teneur que votre initiative, passe devant le plénum du Conseil national au cours de la session d'hiver 1993. Le Conseil des Etats pourrait ainsi traiter cet objet à la session de printemps 1994 et le Parlement pour- rait l'adopter, en votation finale, à la fin de ladite session de printemps 1994, de telle sorte que le délai référendaire arrive- rait à échéance trois mois après, soit assez tôt pour qu'on puisse mettre la loi en vigueur le 1^{er} juillet 1994. Pour pou-voir respecter ce délai, et rendre la loi d'exécution ap- plicable le 1^{er} août 1994, il est donc indispensable que l'initia- tive populaire soit soumise au vote du peuple et des cantons le 26 septembre prochain. Le Conseil fédéral tiendra compte de cette éventualité lorsqu'il fixera les objets soumis, à cette date, au vote populaire. La décision devra être prise avant les vacan- ces d'été. J'ai dit que j'insistais sur le fait que je parle de la loi d'exécu- tion, parce que la question se rapportait à cette loi. J'ajoute ce- pendant que, si le Parlement n'arrivait pas à tenir ce pro- gramme, on pourrait imaginer qu'après une votation populaire positive sur la modification constitutionnelle, même si elle n'a pas lieu au mois de septembre, le Conseil fédéral, par voie d'ordonnance, mette en vigueur préalablement, dans le sens du projet de loi éventuel, la disposition constitutionnelle comme le prévoit d'ailleurs la disposition transitoire, de telle sorte que cette disposition soit déjà applicable le 1^{er} août de l'année prochaine. 93.5079

Frage Bär Staatsstreich von Präsident Serrano in Guatemala Question Bär Coup d'Etat du président Serrano au Guatemala Wortlaut der Frage vom 7. Juni 1993 Die deutsche Bundesregierung hat wegen des Staatsstrei- ches von Präsident Serrano in Guatemala mit sofortiger Wir- kung die Entwicklungshilfe gestoppt Bis auf weiteres werden dem mittelamerikanischen Land im Bereich finanzieller Zu- sammenarbeit keine neuen Zusagen gemacht Welche Möglichkeiten sieht der Bundesrat, auf Präsident Ser- rano Druck auszuüben, damit in Guatemala die demokrati- sche Ordnung wieder hergestellt wird und die Bewegungs- und die Meinungsfreiheit wieder garantiert werden? Texte de la question du 7 juin 1993 A la suite du coup d'Etat du président Serrano au Guatemala, le gouvernement allemand a suspendu, avec effet immédiat, l'aide au développement en faveur de ce pays qui, jusqu'à nouvel ordre, ne se verra octroyer plus aucun nouveau crédit dans le cadre de la coopération. Que pourrait entreprendre le Conseil fédéral pour exercer une pression sur le président Serrano afin que la démocratie soit rétablie au Guatemala et que les libertés de mouvement et d'opinion soient à nouveau garanties? Bundesrat Cotti: Am 25. Mai 1993 hat Präsident Serrano die Auflösung des Kongresses, des Obersten Gerichtshofes, der Staatsanwaltschaft und des Büros des Menschenrechtspro- kurators angekündigt Das EDA hatte diese Entscheidung des Präsidenten von der ersten Stunde an verurteilt Am 30. Mai 1993 wurde Serrano von der Armee abgesetzt, welche ihren Willen bekundete, die Demokratie wiederherzustellen. Am vergangenen Wochenende hat der Kongress schliesslich Herrn Ramiro de Leon Carpio, den ehemaligen Menschen- rechtsprokurator und hauptsächlichen Gegenspieler des Ex- Präsidenten, zum neuen verfassungsmässigen Präsidenten Guatemalas gewählt. Er wurde am frühen Sonntag morgen vereidigt und wird sein Amt bis zum Ende der laufenden Peri- ode im Januar 1 996 ausüben.

Heure des questions 1030 N 7 juin 1993 Seit November 1991 wickelt die Schweiz - ich komme jetzt auf die Hilfe unseres Landes zugunsten Guatemalas zu spre- chen - einen Mischkredit in der Höhe von gesamthaft 35 Mil- lionen Franken ab, wovon der Anteil des

Bundes 40 Prozent ausmacht Bis zum heutigen Tag sind bereits 31 Millionen Franken an Elektrifizierungsprojekte gegangen, um einen Beitrag zur Verbesserung der energetischen Infrastruktur zu leisten. Im Rahmen eines regionalen Zusammenarbeitsprogrammes finanziert die Schweiz ein Projekt zugunsten von Bauern mit einem Beitrag von 300 000 Franken pro Jahr. Andererseits unterstützen wir die Bemühungen zur Rückführung der guatemaltekischen Flüchtlinge aus Mexiko mit einem Beitrag von 750 000 Franken. Dieser Beitrag geht an das Uno-Hochkommissariat für Flüchtlinge. Letztere Bemühung dient der Ueberwachung der Menschenrechtssituation der Rückkehrer und kam auf Initiative des heutigen Präsidenten Ramiro de Leon Carpio zustande. Der Bundesrat verfolgt die Entwicklung in Guatemala mit grosser Aufmerksamkeit und hofft, dass die Wahl von Ramiro de Leon Carpio zu einer Festigung des Versöhnungs- und Demokratisierungsprozesses in diesem Lande beitragen kann. Wir werden auf alle Fälle die Konditionalität weiterhin beachten, nehmen aber aus heutiger Sicht an - die Lage ist ja noch nicht definitiv gefestigt -, dass die Demokratie mit dieser guten Lösung weiterentwickelt werden kann.

93.5082 Frage Baumberger Ex-Jugoslawien. Waffenembargo Question Baumberger Ex-Yougoslavie. Embargo sur les armes Wortlaut der Frage vom 7. Juni 1993 Aus einleuchtenden Gründen ist vor geraumer Zeit gegen die verschiedenen Nachfolgestaaten von Ex-Jugoslawien seitens der internationalen Gemeinschaft ein Waffenembargo erlassen worden. Seine Wirkung scheint jedoch nur wenige zu treffen (hauptsächlich den muslimischen Bevölkerungsteil von Bosnien-Herzegowina). Nachdem wirksame Massnahmen zur Schaffung von Frieden in diesem Räume weiterhin nicht in Aussicht stehen, stellt sich die ethische Frage, ob den Hauptleidtragenden eine angemessene Selbstverteidigung verwehrt werden darf. Wie denkt der Bundesrat darüber?

Texte de la question du 7 juin 1993 Pour des raisons évidentes, un embargo sur les armes a été décrété il y a quelques temps par la communauté internationale envers les différents pays issus de l'ex-Yougoslavie. Les effets de cette mesure semblent toutefois peu efficaces (elle ne touche guère que les Musulmans de Bosnie-Herzégovine). Alors que l'on n'a plus guère d'espoir de trouver des mesures efficaces pour ramener la paix dans cette région, un problème d'éthique se pose: ne devrait-on pas accorder dans une mesure appropriée le droit de se défendre à ceux qui sont le plus affectés par ce conflit? Qu'en pense le Conseil fédéral?

Bundesrat Cotti: Das Bundesgesetz über das Kriegsmaterial untersagt bekanntlich die Ausfuhr von Waffen in Gebiete, «in denen ein bewaffneter Konflikt herrscht, ein solcher auszubrechen droht oder sonstwie gefährliche Spannungen bestehen». Aus diesem Grund wurden seit April 1991 keine Bewilligungen für die Ausfuhr von Waffen nach Ex-Jugoslawien oder nach einem seiner Nachfolgestaaten mehr erteilt Dieser Beschluss, Herr Baumberger, erfolgte etliche Zeit vor der Verhängung des Uno-Embargos über die Waffenausfuhr nach Ex-Jugoslawien, das vom 25. September 1991 datiert Gemäss dem geltenden Recht hat der Bundesrat keine Möglichkeit, eine andere Waffenausfuhrpolitik zu betreiben. Aus diesem Grund erachten wir es als nicht opportun, sich über die Weisheit einer Politik zu äussern, die für die Schweiz aufgrund der heutigen gesetzlichen Regelung nicht möglich ist

Baumberger: Die Antwort, die ich jetzt gehört habe, habe ich mir eigentlich selbst auch gegeben. Das Problem liegt meines Erachtens natürlich etwas tiefer. Es handelt sich letztlich um ein ethisches Dilemma, das mich persönlich sehr bewegt Bei der Antwort, die Sie gegeben haben und die man wohl geben muss - ich sehe das ohne weiteres ein -, muss man sich vielleicht doch fragen, ob der Bundesrat nicht zusätzliche Möglichkeiten hätte, die internationale Staatengemeinschaft dazu zu bringen, nun vermehrt unter dem Titel des «Peace enforcement» tätig zu werden.

Denn ich glaube, so wie die Dinge jetzt liegen, sind sie letztlich ethisch nicht akzeptabel. Könnte der Bundesrat da etwas mehr tun? Bundesrat Cotti: Herr Baumberger, ich muss Ihnen sagen, dass die Gefühle der Ohnmacht, die Sie mit Ihrer zusätzlichen Frage ausgedrückt haben, auch die Gefühle des Bundesrates sind. Wenn wir bei der Waffenausfuhr gesetzlich gebunden sind - wie ich das erwähnte -, bedeutet das nicht, dass wir die Dramatik der Lage in Ex-Jugoslawien nicht erkennen. Wir versuchen zu ergründen, ob von seiten der Schweiz überhaupt gewisse zusätzliche Möglichkeiten bestehen; aber es ist sehr schwierig, auf diese Fragen eine Antwort zu finden. Angesichts der Ohnmacht der internationalen Gemeinschaft müssen wir um so mehr einsehen, wie gering die Möglichkeiten unseres Kleinstaates sind. Aber dass wir die Frage systematisch weiterverfolgen, dafür kann ich Ihnen jede Gewähr geben. 93.5072 Frage Steinemann Beitrag des Bundes für neue EWR/EG-Initiative Question Steinemann Nouvelle initiative EEE/CE. Contribution de la Confédération Wortlaut der Frage vom 7. Juni 1993 Für ihre EWR/EG-Initiative sollen die schweizerischen Jugendverbände bei einem Budget von 0,85 Millionen Franken 0,43 Millionen vom Bund erhalten haben. Die Initiative sieht u. a. vor, dass der Bundesrat den EWR- und EG-Beitritt abschliessend vollziehen kann. Hat der Bundesrat diese Gruppierung im Sinne der Geschäftsführung ohne Auftrag allenfalls gar zur Initiative animiert? Texte de la question du 7 juin 1993 Les associations suisses de jeunesse auraient reçu de la Confédération 0,43 million de francs pour leur initiative EEE/CE, dont le budget a été fixé à 0,85 million de francs. L'initiative prévoit entre autres la possibilité pour le Conseil fédéral de procéder souverainement à l'adhésion à l'EEE et à la CE. Le Conseil fédéral n'aurait-il pas même, dans le cadre de sa gestion, encouragé, sans mandat, ce groupement à lancer son initiative? Mme Dreifuss, conseillère fédérale: La réponse du Conseil fédéral à cette question est la suivante. En vertu de la loi fédérale du 6 octobre 1989 concernant l'encouragement des activités de jeunesse extrascolaires, la Confédération soutient chaque année quelque 130 organisations de jeunesse y compris leur organisation faîtière, le Conseil suisse des activités de jeunesse (Csaj), auquel la question fait allusion.

7. Juni 1993 N 1031 Fragestunde Les crédits octroyés sous forme d'aide financière annuelle servent à financer la préparation et la mise en oeuvre des activités régulières des bénéficiaires. L'initiative EEE/CE est donc exclue de cette aide, par conséquent la Confédération n'accorde pas de soutien financier aux auteurs de l'initiative EEE/CE, et le Conseil fédéral n'a en aucune manière encouragé le Csaj ou tout autre groupement à lancer une telle initiative. 93.5086 Frage Giezendanner Typengeprüfte EG-Bremse Question Giezendanner Système de freins. Conformité européenne Wortlaut der Frage vom 7. Juni 1993 Im ganzen EG-Raum wird das gleiche, typengeprüfte EG-Bremssystem für Zugwagen, Anhänger und Sattelmotorfahrzeuge eingesetzt. Da in den letzten Jahren der sogenannte Trailerverkehr (Verlad von Sattelaufliegern auf die Bahn) auch im Verkehr mit der Schweiz zunimmt, sind die Bremssysteme an den schweizerischen Nutzfahrzeugen nicht mit den EG-Sattelaufliegern kompatibel. Hinter vorgehaltener Hand wird gesagt, dass das Militärdeparterment (aufgrund der Fahrzeugrequisition) sich gegen das EG-Bremssystem stelle. Sieht der Bundesrat eine Möglichkeit, auf dem Verordnungsweg den schweizerischen Nutzfahrzeughaltern generell auch im innerschweizerischen Verkehr das typengeprüfte EG-Bremssystem sofort zu gestatten bzw. die Verordnung sofort anzupassen? Texte de la question du 7 juin 1993 Dans toute la CE, le même système de freins, d'un type homologué, est utilisé pour les voitures motrices, les remorques et les véhicules articulés. Vu que ces dernières années le transport des remorques par train

augmente dans le trafic avec notre pays aussi, les systèmes de freins admis pour les véhicules utilitaires suisses ne sont plus compatibles avec ceux des remorques de la CE. On murmure que le Département militaire fédéral s'oppose à l'introduction du système de freins de la CE (en prévision d'une éventuelle réquisition des véhicules). Est-il possible, de l'avis du Conseil fédéral, d'autoriser d'une façon générale les détenteurs suisses de véhicules utilitaires à se servir immédiatement, à l'intérieur de notre pays également, du système de freins homologué par la CE, par voie d'ordonnance ou en adaptant sur-le-champ l'ordonnance actuelle? Bundesrat Koller: Im Zuge der marktwirtschaftlichen Erneuerung ist es erklärtes Ziel des Bundesrates, technische Handelshemmnisse abzubauen. Der Bundesrat hat deshalb Verständnis für das Anliegen des Fragestellers. Die in der Schweiz noch fehlende Prüfinfrastruktur für EG-konforme Bremsen und die Bedürfnisse der Fahrzeugrequisition der Armee stehen einer sofortigen Übernahme der einschlägigen EG-Normen entgegen. Der Bundesrat ist aber bereit, das Anliegen im Zusammenhang mit der Harmonisierung sämtlicher Bau- und Ausrüstungsvorschriften möglichst rasch zu realisieren. 93.5092 Frage Keller Anton Europa-Polizei der EG Question Keller Police européenne de la CE Wortlaut der Frage vom 7. Juni 1993 Die Justiz- und für die Einwanderung zuständigen Minister der EG haben am vergangenen Mittwoch in Kopenhagen die Gründung einer speziellen Europol-Einheit zur Abwehr des grenzüberschreitenden Drogenhandels verabredet. Diese soll darüber hinaus zur Keimzelle einer künftigen Europa-Polizei gegen grenzüberschreitende Verbrechen werden. Welche Bedeutung hat diese Gründung für die Schweiz? Fasst die Schweiz die Zusammenarbeit ins Auge? Texte de la question du 7 juin 1993 Les ministres de la justice et les ministres responsables de l'immigration des pays de la CE sont convenus, mercredi dernier à Copenhague, de créer une unité spéciale, Europol, qui aura pour tâche de combattre le trafic de drogue aux frontières de la CE et qui sera l'embryon de la future police européenne, laquelle, toujours aux frontières de la CE, luttera contre les malfaiteurs. Quel impact la création d'Europol aura-t-elle pour la Suisse? Notre pays envisage-t-il de collaborer avec cette institution? Bundesrat Koller: Wir wurden am Treffen der Trevi-Minister der Europäischen Gemeinschaft vom vergangenen 1. und 2. Juni in Kopenhagen von der Troika über die beschlossene Schaffung von Europol orientiert. Dabei geht es um eine polizeiliche Zentralstelle für die Informationsbeschaffung und den Informationsaustausch unter den Mitgliedstaaten, zunächst vor allem auf dem Gebiet der Drogenbekämpfung. Es handelt sich nicht um eine Operationelle Polizeieinheit. Strafverfolgungskompetenzen stehen ihr nicht zu. Diese verbleiben weiterhin bei den Mitgliedstaaten. Offen ist noch die Sitzfrage und die Präsidentschaft von Europol. Der kommende EG-Gipfel wird sich damit befassen. Als erster konkreter Schritt soll eine Antidrogeneinheit mit rund 70 Personen realisiert werden. Ein Ausbau in Richtung organisiertes Verbrechen und grenzüberschreitende Kriminalität ist vorgesehen. Angesichts der Zunahme des internationalen Verbrechens ist die Schaffung von Europol zu begrüssen. Die Beteiligung an dieser sich im Aufbau befindenden Institution ist jedoch den EG-Mitgliedstaaten vorbehalten. Wir verfolgen indes die Entwicklung mit grossem Interesse. Sollten sich in einem späteren Zeitpunkt auch für Nicht-EG-Staaten Möglichkeiten einer Zusammenarbeit eröffnen, wäre die Schweiz an einer Mitwirkung interessiert 93.5070 Frage Kern Einsatz schweizerischer Grenzwächter in Mazedonien Question Kern Engagement de gardes-frontière suisses en Macédoine Wortlaut der Frage vom 7. Juni 1993 Anfang Februar 1993 suchte die OZD, Abteilung GWK, Grenzwächter, welche sich für sechsmonatige Einsätze in Mazedonien verpflichten würden. Die Aufgabe dieser Leute besteht darin, als Beobachter die mazedonische Grenzpolizei zu über-

Heure des questions 1032 N 7 juin 1993 wachen. Als Nichtmitglied der Uno sollte die Schweiz keine Leute für solche gefährliche Ueberwachungsaufgaben in die- sen Kriesenherd schicken. Ein grosser Teil der Bevölkerung ist sehr besorgt, da bei ähnlichen Aktionen in Ex-Jugoslawien schon verschiedene «Blaumützen» der Uno schwer verletzt oder sogar getötet wurden. Ist der Bundesrat bereit, von solchen nicht ungefährlichen Ein- sätzen abzusehen? Wenn nicht, wer trägt die Verantwortung und kommt für die Folgekosten bei einem Todesfall auf? Texte de la question du 7 juin 1993 Au début de février 1993, la DGD, division CGFR, cherchait des gardes-frontière prêts à s'engager pour six mois en Macé- doine. Ces personnes ont pour mission de surveiller, en tant qu'observateurs, la police macédonienne de la frontière. N'étant pas membre de l'ONU, la Suisse ne devrait pas enga- ger de ses ressortissants pour des tâches de surveillance aussi dangereuses dans cette région de conflits. Une grande partie de la population est très inquiète du fait que plusieurs bérets bleus de l'ONU ont déjà été gravement blessés ou tués dans des opérations semblables dans l'ex-Yougoslavie. Le Conseil fédéral est-il prêt à renoncer à organiser de tels en- gagements qui ne sont pas sans danger? Dans la négative, qui est responsable et supporte les frais en cas de décès? Bundesrat Stich: Die Vereinten Nationen haben am 15. Ja- nuar 1993 die Schweiz ersucht, für den vom Sicherheitsrat der Uno am 11. Dezember 1992 beschlossenen präventiven Ein- satz einer Friedenstruppe (Unprofor) in Mazedonien sechs zi- vile Grenzpolizisten zur Verfügung zu stellen. An der Beilegung der Jugoslawienkrise hat die Schweiz aus si- cherheitspolitischen wie aus humanitären Gründen ein beson- deres Interesse. Der Bundesrat hat deshalb aufgrund seiner aussenpolitischen Kompetenz, Bundesverfassung Artikel 102 Ziffer 8, dem Einsatz von sechs Angehörigen des Grenzwach- korps im Rahmen der Unprofor in Mazedonien vorerst bis Ende 1993 zugestimmt Es wird zurzeit von den zuständigen Dienststellen ebenfalls die Möglichkeit geprüft, für die Ablö- sung geeignete kantonale Polizeibeamte zu rekrutieren. Die Risikolage im Einsatzgebiet wird durch das EDA laufend beurteilt Zurzeit wird das Risiko für Mazedonien, wo nicht ge- kämpft wird, als vertretbar angesehen. Der Bundesrat hat je- derzeit die Möglichkeit, das Kontingent zurückzuziehen. Der Einsatz ist freiwillig und richtet sich nach der Verordnung des Bundesrates vom 22. Februar 1989 über den Einsatz von Personal bei friedenserhaltenden Aktionen und Guten Diensten. Für Beamte und Angestellte des Bundes bleibt das bisherige Dienstverhältnis bestehen. Das Personal ist während der Dauer des Einsatzes bei der AHV/IV/EO, der Suva und der Ar- beitslosenversicherung sowie bei der EVK versichert und ge- niesst den gleichen Versicherungsschutz bzw. die gleichen Leistungen wie bei Berufs- oder Nichtberufsunfall in der Schweiz. Zusätzlich besteht eine ergänzende kollektive Unfall- und Krankenversicherung spezifisch für den Einsatz. Für Hin- terbliebene besteht ferner Anspruch auf den Besoldungs- nachgenuss nach den Bestimmungen des Beamtenrechts. 93.5074 Frage Steinemann 15-Millionen-Versprechen Question Steinemann Promesse d'une aide de 15 millions de francs à des républiques d'Asie centrale Wortlaut der Frage vom 7. Juni 1993 Bundesrat Stich hat auf seiner Reise nach Aserbeidschan, Kir- gistan, Turkmenistan und Usbekistan ein 15-Millionen-Fran- ken-Versprechen an Kirgistan abgegeben. -Wird unsere Bevölkerung unter dem Eindruck von Milliar- denlöchern im Bundeshaushalt solche Zusatz-Millionen-Fran- ken-Sendungen in den Osten verstehen respektive akzep- tieren? - Zu welchem Zweck soll der Betrag verwendet werden? - Durfte dieses Versprechen ohne Zustimmung des Gesamt- bundesrates gemacht werden? -Aus welchem Kredit soll die Finanzspritze abgezweigt werden? Texte de la question du 7 juin 1993 Au cours du récent voyage qu'il a fait en Azerbaïdjan, en Kir- ghizistan, au

Turkménistan et en Ouzbékistan, M. Stich, conseiller fédéral, a promis 15 millions de francs à la Kirghizistan. - Etant donné que des milliards de francs manquent au budget de la Confédération, notre peuple admettra-t-il qu'il soit nécessaire d'envoyer une aide supplémentaire de plusieurs millions de francs à un pays d'Orient? - A quelle fin servira ce montant? - Etait-il licite que cette promesse soit faite sans l'assentiment du collège gouvernemental? - Au moyen de quel crédit financera-t-on cette injection de fonds?

Bundesrat Stich: Die rechtliche Grundlage für die Verpflichtung gegenüber Kirgistan wurde durch den Rahmenkredit von 600 Millionen Franken zugunsten der Länder der GUS gelegt, der in der vergangenen Märzsession von den eidgenössischen Räten verabschiedet wurde. Es ist vorgesehen, je die Hälfte des Betrages für Projekte der Finanzhilfe und der technischen Zusammenarbeit zu verwenden. Der Einstieg in eine Zusammenarbeit mit Kirgistan über die Weltbank erlaubt uns, die Abklärungsphasen zu verkürzen und Erfahrungen für eine spätere bilaterale Zusammenarbeit zu sammeln. Sowohl bei der technischen Zusammenarbeit wie bei der Finanzhilfe handelt es sich um eine Projektfinanzierung. Die schweizerische Unterstützung für Kirgistan wurde an einer Sitzung der Konsultativgruppe der Weltbank zugesagt, die am 8. April in Washington stattfand. Das Engagement wurde unter dem Vorbehalt eingegangen, dass die Finanzmittel im inner-schweizerischen Bewilligungsverfahren gesprochen werden. Dieses sieht vor, dass Projekte über 5 Millionen Franken vom Bundesrat zu bewilligen sind. Die Mittel kommen aus Finanzrubriken, die dem EDA (technische Zusammenarbeit) und dem Bawi (Finanzhilfe) im normalen Budgetverfahren zur Verfügung gestellt worden sind.

Steinemann: Danke, Herr Bundesrat, für die ausführliche Beantwortung. Sie haben von Projektfinanzierung gesprochen. Ich nehme an, dass irgendwelche Projekte finanziert werden müssen. Es würde mich aber interessieren, ob man weiss, was das für Projekte sind: Sind das Staudämme, Raketen oder andere Projekte? Bundesrat Stich: Diese Frage ist noch nicht abgeklärt Sie wird grundsätzlich durch die Weltbank evaluiert Die Weltbank ist bereits in Kirgistan tätig. Anschliessend müssen die Weltbank mit der Schweiz und die Schweiz mit Kirgistan den Projekten ebenfalls zustimmen. Konkret ist also in dieser Hinsicht noch nichts beschlossen.

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdrukschriften Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali Fragestunde Heure des questions In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1993 Année Anno Band III Volume Volume Session Sommersession Session Session d'été Sessione Sessione estiva Rat Nationalrat Conseil Conseil national Consiglio Consiglio nazionale Sitzung 06 Séance Seduta Geschäftsnummer --- Numéro d'objet Numero dell'oggetto Datum 07.06.1993 - 14:30 Date Data Seite 1019-1032 Page Pagina Ref. No 20 022 785 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.